

Mit der AfD nur einen Kaffee trinken, reicht bereits für ein Berufsverbot!

In der am 24. September durch Staatsministerin Angela Dorn (Bündnis90/DIE GRÜNEN) einberufenen Sitzung des Aufsichtsrats der Filmförderung wurde der Geschäftsführer der Hessen Film und Medien GmbH, Hans Joachim Mendig, einstimmig und mit sofortiger Wirkung seines Postens enthoben. Der kulturpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Rolf Kahnt, ist empört: „Sich mit einem Funktionär der AfD zu treffen, bewirkt bereits ein Berufsverbot, in welchem Land leben wir!“

Was war vorgefallen? Mendig geriet nach einem Treffen in einem Frankfurter Restaurant mit dem AfD-Bundesvorsitzenden, Prof. Dr. Jörg Meuthen, unter erheblichen Druck. Obwohl diese Verabredung bereits im Juli 2019 stattfand und in den sozialen Medien veröffentlicht wurde, bekam die Presse zeitverzögert erst im September davon Wind. Dem Aufschrei der Medien schlossen sich flugs mehr als 600 „Filmschaffende“ an, die in einem offenen Brief zusätzlich Mendigs sofortigen Rücktritt forderten.

In ihrer Begründung merkten die Befürworter des Rauschmisses Mendigs an, er würde als Geschäftsführer der Hessen Film eine Position „mit hohen Anforderungen an Überparteilichkeit, Offenheit für vielfältige künstlerische Positionen, demokratische Kultur und Transparenz“ bekleiden und habe mit dem Treffen mit einem AfD-Funktionär den Ruf der Hessen Film, der durch seine autoritäre Amtsführung ohnehin bereits belastet sei, weiter „schwer beschädigt“.

Dazu merkt MdL Rolf Kahnt an: „Einerseits Überparteilichkeit, Offenheit für vielfältige künstlerische Positionen, demokratische Kultur und Transparenz“ zu fordern, sich aber gleichzeitig von jemandem zu distanzieren, der genau diese Forderungen lebt, ist nicht nur undemokratisch und unanständig, es ist in höchstem Maße verwerflich und stellt die Sache auf den Kopf.“ Denn gerade von einem Geschäftsführer der Hessen Film müsse erwartet werden, so Kahnt, dass er sich im Hinblick auf die Freiheit von Kunst und Kultur selbstverständlich mit Vertretern aller demokratischen Parteien zu einem Gedankenaustausch treffen dürfe, ohne sogleich die Vernichtung seiner bürgerlichen Existenz befürchten zu müssen. Der AfD-Landtagsabgeordneter hält diesen Vorgang für beispiellos und kritisiert auch Staatsministerin Dorn, von der man hätte erwarten müssen, sich hinter ihren Geschäftsführer zu stellen, auch wenn dieser durch ihren konservativen Vorgänger im Amt, Boris Rhein (CDU), eingestellt wurde, anstelle sich dem Druck von Medien und 600 „Filmschaffenden“ zu beugen.

„Kunst und Kultur kann und darf nicht alleine durch den heutigen linken Zeitgeist definiert und vereinnahmt werden“, betont Kahnt. „Politisch korrekte“ Kunst und Kultur durch ideologische Beeinflussung widerspreche jeglicher Freiheit in Kunst und Kultur. Der kulturpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion beobachte nicht nur an diesem Fall mit erheblicher Sorge, wohin sich unser Land und unsere Kultur auch in Hessen entwickle.

Der Verlust des Arbeitsplatzes nach einem privaten Treffen mit einem Politiker einer demokratischen Partei, die sich ohnehin einer permanenten politischen Diskreditierung durch den linksrünen Zeitgeist erwehren müsse, sei ein Skandal erster Güte, klagt Kahnt. Besonders erschreckend sei einerseits die zu Tage tretende, unverhohlene Agitation bestimmter Kreise und andererseits, dass es angesichts dieses skandalösen Vorgangs nicht eine einzige Stimme in Öffentlichkeit und Medien gegeben habe, die die Entlassung Mendigs für völlig überzogen und unangemessen hielt. „So weit ist es also bereits mit unserer Kultur und in der Berichterstattung gekommen“, mahnt Kahnt an.